



Foto: imago/IPON

Prekäre Arbeit im Bildungswesen

Ausmaß, Entwicklung und gesundheitliche Folgen

Zwei Entwicklungen sollten uns alarmieren: Vom Trend zur Verlängerung der Lebenserwartung profitieren in Deutschland Menschen mit geringem Einkommen kaum noch. Wer arm ist, stirbt als Frau gut acht und als Mann rund elf Jahre früher als Frauen respektive Männer am anderen Ende der Einkommenspyramide.¹ Zugleich nehmen psychische Störungen und chronische Mehrfacherkrankungen zu. Die Rentenneuzugänge aus psychisch bedingter Erwerbsminderung stiegen in der Konsequenz im Zeitraum von 2009 bis 2015 bei Männern von jährlich 29.000 auf 32.000 und bei Frauen von 36.000 auf rund 43.000.² In den Zahlen spiegelt sich, dass die Abkehr von Beschäftigungsformen mit festem Arbeitsvertrag und auskömmlichem Einkommen Gesundheit kostet.

Der nachfolgende Beitrag umreißt zunächst Ausmaß, Entwicklung und Ursachen der Prekarisierung von Arbeit im deutschen Bildungswesen; sodann werden die gesundheitlichen Folgen in den Blick genommen. Aufgeworfen wird dabei auch die Frage nach den politischen Schlussfolgerungen.

Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen im Bildungsbereich

Vordergründig hat sich die Erwerbstätigkeit während der zurückliegenden 25 Jahre positiv entwickelt; die Zahl der Erwerbstätigen stieg von 37,5 Mio. (1991) auf 43,5 Mio. (2016).³ Getragen wurde diese Entwicklung jedoch von der Zunahme der Beschäftigungsformen, die überwiegend mit einem hohen Maß an Arbeitsplatzunsicherheit, geringen Löhnen und unbefriedigenden Arbeitsbedingungen verbunden sind. Die Stichworte lauten: Teilzeit-, Zeit- und Leiharbeit, Werkverträge und prekäre Selbstständigkeit. 1996 stellten atypisch Beschäftigte an allen abhängig Beschäftigten einen Anteil von 15,0 Prozent, 2016 aber von 20,7 Prozent.⁴ Die ebenfalls angewachsene Gruppe der prekär tätigen Soloselbstständigen ist in diesen Zahlen noch gar nicht enthalten.

Nicht immer, aber häufig gehen atypische Beschäftigung und niedrige Einkommen Hand in Hand, wobei Frauen von der Negativentwicklung um ein Vielfaches häufiger als Männer betroffen sind. Nach den Mikrozensusdaten des Statistischen Bundesamtes bezogen 2015 37 Prozent

der erwerbstätigen Frauen der Altersgruppe 20 bis 65 Jahre (6,6 Mio.) ein Nettoeinkommen von weniger als 1.100 EUR; bei den Männern lag der Anteil mit 12,5 Prozent nur ein Drittel so hoch (absolut: 2,5 Mio.).

Besonders ausgeprägt ist die Spaltung der Beschäftigten im Bildungssystem. Die gängigen Gleichsetzungen von geringer Qualifizierung und niedrigen Löhnen greifen hier nicht. Entstanden ist in Teilbereichen ein akademisches Prekariat, das sich so weit verfestigt hat, dass auch der Fachkräftemangel, der aktuell aus dem Ausbau von Ganztagschulen bei wieder steigenden Schüler*innenzahlen resultiert, nur punktuell Verbesserungen bewirkt. Die Prekarisierung konzentriert sich auf die Hochschulen und die Bereiche sogenannter non-formaler Bildung.

Kinder- und Jugendbetreuung

Die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf formale Betreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr setzte eine dynamische Nachfrage in Gang. Weder quantitativ noch qualitativ hält das Angebot damit Schritt. Zwar weist der Ländermonitor der Bertelsmann-Stiftung Verbesserungen der Fachkraft-Kind-Relation aus. Einerseits jedoch stehen viele Stellen, weil unbesetzt, nur auf dem Papier. Andererseits fehlen selbst nach Darstellung der

1 Zwischen der höchsten und der niedrigsten Einkommensgruppe differiert die mittlere Lebenserwartung bei Frauen um 8,4 und bei Männern um 10,8 Jahre; vgl. Robert-Koch-Institut: Gesundheit in Deutschland 2015. Berlin, S. 150

2 Gesundheitsberichterstattung des Bundes (gbe-bund.de), Tabelle »Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in der Gesetzlichen Rentenversicherung«

3 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 1 Reihe 4.1.1

4 BT-Drs. 18/13655 vom 28.09.2017, Tab. 19

Bertelsmann-Stiftung zur Erreichung einer guten fachlichen Qualität 130.000 Vollzeitbeschäftigte (Bayern: 13.133).⁵ Die fehlenden Plätze – einer U3-Betreuungsquote von rund einem Drittel steht ein Bedarf (Elternbefragungen) von mehr als 40 Prozent gegenüber – sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Welche Lücke sich perspektivisch auftut, hat das Deutsche Jugendinstitut (DJI) ermittelt. Für die Betreuung der bis zu Zehnjährigen in Krippen, Kindertageseinrichtungen, Horten und Ganztagschulen werden danach 329.000 zusätzliche pädagogische Fachkräfte benötigt – ein Bedarf, der bei Berücksichtigung altersbedingter Abgänge über die derzeit in Ausbildung befindlichen Nachwuchskräfte nicht gedeckt werden kann. Es drohe eine Fachkraftlücke von etwa 309.000 in der Kita, 15.000 in der Kindertagespflege und 5.000 in den Ganztagschulen.⁶

Wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften höher als das Angebot ist, sollte man erwarten können, dass die Arbeitgeber mit einer Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen reagieren. Davon aber ist jenseits hohler Versprechungen, den Erzieher*innenberuf aufwerten zu wollen, bislang wenig zu sehen. Für akademisch gebildete Erzieher*innen gibt es immer noch keinen eigenen Tarif, der zur Gleichstellung mit Grundschulpädagog*innen führt. Die allermeisten Erzieher*innen sind teilzeitbeschäftigt und kein einziges Bundesland bietet bei den Befristungen ein positives Bild. Nach den Angaben im Nationalen Bildungsbericht 2016 hatten 2015 43,3 Prozent der unter 25-Jährigen nur einen befristeten Arbeitsvertrag.⁷

Hochschulen

Mit der massiven Zunahme der Studierendenzahlen von 1,8 Mio. 1998/99 auf 2,8 Mio. 2016/17⁸ erhöhte sich auch der Finanzbedarf der Hochschulen. Statt jedoch die öffentliche Grundfinanzierung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) entsprechend anzupassen, wurde auf schnellen Durchfluss (Bachelorstudiengänge), privates Kapital, eine unterneh-



merische Wettbewerbslogik und die Weitergabe des Kostendrucks an die Beschäftigten gesetzt. Im internationalen Vergleich hat Deutschland einen der höchsten Anteile von Lehrkräften, die nur über einen befristeten Arbeitsvertrag verfügen (2014: 93 Prozent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter*innen unter 45 Jahren).⁹ Die Bedeutung prekärer Beschäftigung nahm in dem Maße zu wie komplementär zum Rückgang öffentlicher Ausgaben pro Studierenden die Bedeutung der Drittmittelfinanzierung,

insbesondere bezogen auf den Mittelbau, stieg. Wenn jedoch Stellen an zeitlich befristete Projekte gebunden sind, gehen Gesetze wie das am 17.3.2016 in Kraft getretene Wissenschaftszeitvertragsgesetz weitgehend ins Leere.

Weiterbildung

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 20.10.1998 wurde angekündigt, die Weiterbildung »als vierte Säule des Bildungssystems« auszubauen und zu verankern (vgl. S. 19). Das Versprechen war auf Sand gebaut, weil nicht kompatibel mit dem prioritär verfolgten Ziel, über den Hebel groß angelegter Steuerkürzungen die Staatsausgabenquote weiter abzusenken. Statt die Weiterbildung zu stärken, wurde sie geschwächt und die Leistungserbringung immer mehr auf prekär Beschäftigte verlagert. Dass eine bundesweite Weiterbildungsstatistik bis heute nicht existiert, die Statistik vielmehr in Einzelstatistiken – jeder Träger mit eigener Statistik – zerfleddert, liegt in der Logik dieser Fehlentwicklung. Das Bild jedoch, das verfügbare Statistiken, insbesondere die des Bundesinstituts für Erwachsenenbildung für den Weiterbildungsverbund, liefern, ist einigermaßen erschreckend. Die Entwicklung seit der rot-grünen Ausbauankündigung ist durch einen stetigen Rückgang der Stellen für festangestelltes Personal bei gleichzeitigem Anwachsen der Bedeutung von freiberuflicher, nebenamtlicher und ehrenamtlicher Tätigkeit geprägt. Bis Ende 2014 sank die Zahl der hauptamtlich besetzten Stellen um fast 20 Prozent auf rund 10.600, die der freiberuflich, nebenamtlich und ehrenamtlich Tätigen stieg gegenläufig auf fast 260.000 Personen (+ 7,2 Prozent) an.

Obwohl die Gruppe der fest angestellten Pädagog*innen stark geschrumpft ist, liegen ihre Einkommen deutlich unter dem, was pädagogische Fachkräfte im Beamten- oder Angestelltenverhältnis an Schulen verdienen. Die nur auf Honorarbasis Tätigen stehen noch weiter zurück. Politisch gewollt entstand eine Art akademisches Prekariat mit so niedrigen Honorarsätzen, dass nach Abzug der Beiträge, die die Freiberufler*innen für ihre soziale Absicherung (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Berufsunfähigkeit, Alter) tragen müssen, netto häufig nur ein Stundenlohn im Bereich des gesetzlichen Mindestlohnes verbleibt. Aus den Angaben im Nationalen Bildungsbericht 2016 kann indirekt ge-

⁵ Bertelsmann Stiftung: Ländermonitor 2017

⁶ DJI-Pressmitteilung vom 15.9.2017: Zu wenig Betreuungsplätze für zu viele Kinder: DJI warnt vor Platz- und Personalmangel bis 2025

⁷ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016. W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld; Tab. C4-2A, S. 248

⁸ In Bayern nahm die Studierendenzahl von 233.100 auf 378.200 zu; vgl. Datenportal des Bundesbildungsministeriums; datenportal.bmbf.de/portal/de/K254.html (Zugriff: 13.10.2017)

⁹ Vgl. Rogge, Jan-Christoph (2017): Karrierewege und -orientierungen in Wirtschaft und Wissenschaft im Vergleich – Ausdifferenzierung vs. Zuspitzung? In: WSI-Mitteilungen 05/2017, S. 364 ff.

schlussfolgert werden, dass im Jahr 2014 mehr als 30 Prozent der in der Weiterbildung Haupterwerbstätigen dem Niedriglohnsektor zuzuordnen waren.¹⁰

Kulturelle Bildung

Die Vorhaltung von Stadtbüchereien und Musikschulen ist in Deutschland, anders als in vielen anderen Ländern, keine staatliche respektive kommunale Pflichtaufgabe, sondern fällt unter die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen. Diese aber setzen bei engen Finanzen den Rotstift zunächst bei ihren freiwilligen Aufgaben an. Die ergriffenen Maßnahmen reichen von Kürzungen bei Personal und Sachmitteln bis zur Schließung von Einrichtungen. Nicht weiter verwunderlich schrumpfte die Gruppe der Festangestellten bei allen kommunalen Einrichtungen, die in den Bereich der freiwilligen Aufgaben fallen, während der zurückliegenden beiden Dekaden nicht nur marginal, sondern erheblich. Im Gegenzug wuchs die Honorarbeschäftigung. Wie desaströs etwa die soziale Situation und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte von Musikschulen sind, offenbarte 2008 eine von ver.di durchgeführte Befragung. Ihre Wiederholung 2012 unter mehr als 5.000 Lehrkräften ergab weitere Verschlechterungen. Obwohl sich drei von vier Musikschullehrer*innen eine Festanstellung wünschen, müssen sich bundesweit fast 60 Prozent mit Honorarverträgen begnügen. Die Einkommenssituation hat sich so verschlechtert, dass im Bundesdurchschnitt 2012 nur noch ein Jahreseinkommen von 12.404 EUR erzielt wurde (2008: 13.330 EUR). Baden-Württemberg und Bayern halten dabei die rote Laterne; in Bayern sank das durchschnittliche Jahreseinkommen von 15.178 EUR auf 12.055 EUR.¹¹

Prekäre Arbeit kostet Gesundheit

Wie dargestellt, frisst sich die Prekariisierung von Arbeit schon seit Jahren sukzessive vom Rand in die Kernzone des Bildungssystems vor. Auch verbeamtete

Lehrer*innen tragen gesundheitliche Lasten, etwa aufgrund des Fehlens ausreichender Unterstützungsstrukturen und häufig entgrenzter Arbeit.¹² Vor Prekariisierung jedoch schützt der Beamtenstatus, weshalb angehende Lehrkräfte verstärkt in diese Schutzzone drängen. Länder mit einem geringen Ausmaß prekärer Arbeitsverhältnisse geben relativ zu ihrer Wirtschaftskraft weit mehr öffentliche Mittel für Bildung aus als Deutschland. Um auf den Durchschnitt der zehn OECD-Länder mit den höchsten Bildungsausgaben zu kommen, müsste Deutschland seine öffentlichen Bildungsausgaben um rund 45 Mrd. EUR steigern.¹³ Sich Mehrausgaben in dieser Größenordnung zu ersparen, kostet Produktivität, Innovationskraft, Zufriedenheit und gesunde Lebensjahre. Nur knapp sieben gesunde Lebensjahre können in Deutschland diejenigen erwarten, die das 65. Lebensjahr erreicht haben; in Norwegen und Schweden sind es über 15 Jahre.¹⁴ Noch steigt die durchschnittliche Lebenserwartung, aber ein Trendbruch wie in den USA ist dann nicht auszuschließen, wenn auch bei uns die sozialen Faktoren weiter brüchig werden, auf denen die Mitte des 19. Jahrhunderts begonnene Steigerung der Lebenserwartung weit mehr als auf dem medizinischen Fortschritt gründet.¹⁵

Auf der Negativspirale

Prekäre Beschäftigungsformen weisen Merkmale auf, durch die Stressfaktoren auf Dauer gestellt werden. Wenn Arbeit Zufriedenheit stiftet, sich Anspannung und Entspannung laufend abwech-

seln, ist gelegentlicher Stress kein Problem. Der Organismus bewegt sich dann in einem gesunden Rhythmus. Nicht Stress an sich ist das Problem, sondern negativer Stress, der sich aus dem Gefühl existenzieller Unsicherheit, fehlender Planbarkeit des eigenen Lebensentwurfs und dem Ausgeliefertsein gegenüber Marktbedingungen, die als ungerecht erlebt werden, speist. Folgende, bei prekärer Arbeit häufig kumuliert anzutreffende Merkmale setzen Körper und Psyche unter Druck:¹⁶

- Geringes und stark schwankendes Einkommen mit diversen Folgeproblemen, z. B. wenn Einkommensnachweise verlangt werden (Anmietung einer Wohnung, Aufnahme eines Kredites usw.).
- Fragile soziale Absicherung: Die auf Honorarbasis arbeitenden Pädagog*innen sind mit der Eigenfinanzierung von (Sozial-)Versicherungsbeiträgen häufig überfordert.
- Hoher Zeit- und Arbeitsdruck, wenn zur Existenzsicherung mehrere Jobs nebeneinander ausgeübt werden müssen.
- Missverhältnis zwischen Arbeitseinsatz und Lohn: Dies wird als grobe Ungerechtigkeit erlebt.
- Ständiges Gefühl von Unzufriedenheit: Dass fest angestellte Kolleg*innen mit vergleichbarer Qualifikation besser bezahlt werden, über eine bessere soziale Absicherung verfügen, besseren Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen und betrieblichen Gratifikationssystemen haben, schürt Neid und Missgunst.

Die individuellen Reaktionsmuster und Toleranzschwellen sind je nach Persönlichkeit, individueller Belastungstoleranz und der Verfügbarkeit sozialer Unterstützungsressourcen verschieden. Die Bandbreite reicht von gelegentlichem psychischem Unwohlsein über die Ausbildung entweder somatischer Beschwerden (Rückenschmerzen, Magen-Darm-Beschwerden, Ausschläge usw.) oder psychischer Störungen (Schlafstörungen, Angststörungen, Depression/Burn-out) bis zu nach außen gerichtetem aggressivem Verhalten, um sich abzureagieren.

10 Vgl. Rogge, Jan-Christoph (2017): Die gebildeten Einkommensklassen nehmen nicht Bezug auf die Niedriglohnschwelle. Aus dem Umstand jedoch, dass fast 28 Prozent (Frauen: 36 Prozent) ein monatliches Bruttoeinkommen von weniger als 1.751 EUR erzielen, können entsprechende Schlüsse gezogen werden (a. a. O., Tab. G3-3A, S. 314).

11 Vgl. Bossen, Anja (2012): Einkommenssituation und Arbeitsbedingungen von Musikschullehrkräften und Privatmusiklehrern 2012, Ergebnisse einer Umfrage der Fachgruppe Musik der ver.di von März 2012-Mai 2012, Frankfurt/O. 17

12 Beim DGB-Index »Gute Arbeit« von 2012/13 sagten im Bereich »Erziehung und Unterricht« 45 Prozent der Beschäftigten, dass sie häufig oder oft unbezahlte Arbeit leisten (über alle Branchen: 17 Prozent).

13 Bei den gesamten öffentlichen Bildungsausgaben (inkl. öffentlicher Förderung privater Ausgaben und Einrichtungen) erreichte Deutschland im OECD-Vergleich 2013 nur Rang 24, bei Betrachtung nur der Finanzierung von Bildungseinrichtungen 2014 sogar nur Rang 26; vgl. OECD (2016): Education at a Glance 2016. Indikatoren B2.3. und B4.1.; eigene Berechnung

14 Eurostat: Gesunde Lebensjahre (Periode: 1995-2003) [hlth_hlye_h] und Gesunde Lebensjahre (ab 2004) [hlth_hlye]; Update 22.4.2016

15 Anders als viele denken, waren und sind medizinische Fortschritte für die Entwicklung der Lebenserwartung weniger bedeutsam als soziale Fortschritte von der Abschaffung der Kinderarbeit bei gleichzeitiger Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht über die Verbesserung der Wohnverhältnisse, die Reduzierung der Arbeitszeit bis zum Aufbau sozialer Sicherungen; vgl. Weiland, Stephan et al. (2006): Zunahme der Lebenserwartung. Größenordnung, Determinanten, Perspektiven. In: Deutsches Ärzteblatt, Jg. 103, Heft 16 v. 21.4.2006, S. A1072 ff. Allein die Einführung der Bismarck'schen Krankenversicherung ließ die Sterblichkeit unter Arbeiter*innen um 8,9 Prozent sinken; vgl. Bauernschuster, Stefan/Driva, Anastasia/Hornung, Erik (2017): Bismarck's Health Insurance and the Mortality Decline. Cesifo Working Papers 6601 (August 2017); Download: www.cesifo-group.org/wp

16 Vgl. Publikationen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (u. a. »Stressreport Deutschland 2012« und »Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt« von 2017; baua.de); das Kapitel 1 von OECD (2016): Health at a Glance: Europa 2016; Heiden, Mathias (2014): Arbeitskonflikte: Verborgene Auseinandersetzungen um Arbeit, Überlastung und Prekarität. edition sigma, Berlin

Die folgende Abbildung verdeutlicht die Negativspirale, die entstehen kann, wenn die Belastung, die aus prekären Arbeits- und Entlohnungsbedingungen resultiert, nicht nur temporär besteht, sondern über viele Jahre anhält. Wer nach dem Studium für ein, zwei Jahre eine Schleife prekärer Beschäftigung durchläuft, die dann in eine feste Beschäftigung mündet, kann den etwas holprigen Berufseinstieg meist gut wegstecken. Wer sich aber nach fünf, sechs Jahren immer noch von einer prekären Beschäftigung zur nächsten hangelt, ohne Licht am Horizont zu sehen, droht in eine Negativspirale zu geraten. Die Abbildung verdeutlicht, wie das Ineinandergreifen mehrerer Belastungsfaktoren vorhandene Schutzfaktoren sukzessive aufbraucht und so dem Entstehen chronischer Erkrankungen Vorschub leistet. Auch das Risiko, im Alter Demenz zu entwickeln, ist bei Menschen, die über längere Zeit unter Dauerstress leiden, erhöht.¹⁷

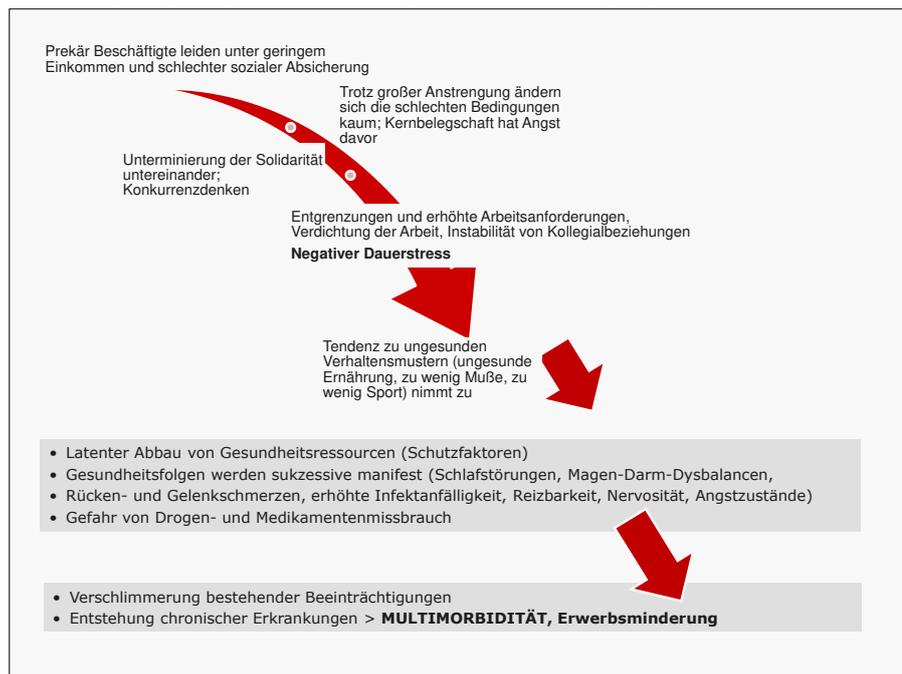
tet die Botschaft. Wer es nicht schafft, ist selbst schuld. Verkannt werden hier grundlegende Zusammenhänge: Zum einen ist Resilienz die Ausnahme; zum anderen hängt die Entwicklung von Resilienz auch an der Verfügbarkeit öffentlicher Güter, deren weitere Privatisierung und Vermarktlichung gerade Teil der neoliberalen Agenda ist.

Wer auf einen gut ausgebauten und kostengünstigen öffentlichen Verkehr zurückgreifen kann, braucht kein eigenes Auto; wo ausreichend preisgünstiger öffentlicher Wohnraum verfügbar ist, mindert dies die Abhängigkeit vom frei finanzierten Wohnungsmarkt; wo Entspannung, Sport und Bewegung in öffentlichen Parks, Wäldern, Saunen und Schwimmbädern kostenlos oder zu geringen Entgelten möglich ist, scheidet die Praktizierung eines gesunden Lebensstils nicht an Markthürden. Nur sehr begrenzt also lassen sich Prozesse der Erhöhung individueller Belastungen durch Erhöhung der individuellen Belastungstoleranz auf-



Beschäftigten in den Fächern und Einrichtungen, die nicht zum schulischen Kern zählen und keine Relevanz für das Abschneiden bei PISA haben. Die öffentliche Unterfinanzierung bei gleichzeitiger Vermarktlichung ist also der gemeinsame Nenner der hier grob umrissenen Prekarisierung. Mehr Geld ist nicht alles, ohne höhere öffentliche Ausgaben (gemessen am BIP) geht es aber nicht. Im Grundsatz versprechen dies alle Parteien seit Jahren und verweisen dann gern auf die Notwendigkeit der Priorisierung von Bildung. Das Ergebnis ist so wie dargestellt. Nicht nur das Bildungssystem nämlich ist unterfinanziert. Wir haben auch einen Pflege-Notstand, es droht Altersarmut und gleichermaßen die Polizei wie die Gerichte arbeiten am Limit. Ohne Stärkung der staatlichen Einnahmehasis durch Steuererhöhungen wird sich daher das Spiel mit den leeren Versprechungen fortsetzen. Steuererhöhungen aber sind von der nächsten Bundesregierung nicht zu erwarten. Im Gegenteil. Punktuelle Verbesserungen hier und da schließt dies nicht aus. Für eine grundlegende Trendwende fehlen derzeit jedoch die politischen Voraussetzungen. An ihnen zu arbeiten, bleibt die Herausforderung.

Abbildung: Negativspirale dauerhaft prekärer Beschäftigung Grafik: Cornelia Heintze



Was folgt?

Die Prekarisierung von Arbeit fügt sich in die neoliberale Umgestaltung der Arbeitswelt ein. Wer im Denkmodell des Neoliberalismus verbleibt, wird zur Bearbeitung der gesundheitlichen Folgen primär nach individuellen Anpassungsstrategien suchen. »Werde resilient!« lau-

fangen. Nachhaltiger Erfolg ist so nicht zu erwarten. Dazu bedarf es einer politischen Trendwende. Nur die Umwandlung prekärer Honorar- und Zeitarbeitsjobs in feste, tariflich gebundene Anstellungsverhältnisse zu fordern, reicht nicht. Wie angesprochen, resultiert die Prekarisierung aus der nicht auskömmlichen öffentlichen Finanzierung von Bildung. Der Kostendruck wird an die schwächsten Glieder des Systems weitergegeben. Einerseits an die Jungen, andererseits an die

17 Eine schwedische Langzeitstudie mit 800 Frauen mittleren Alters ergab ein um 20 Prozent erhöhtes Risiko; vgl. Ärzteblatt vom 7.10.2013, S. 3410

von Dr. Cornelia Heintze
 Stadtkämmerin a. D.
 Politologin, Coach
 Kontakt:
 info@dr-heintze-beratung.de



Frau Dr. Heintze hielt auf der LVV 2017 der GEW Bayern einen Vortrag zum Thema »Gute Arbeit in der Bildung – Bestandsaufnahme und Folgerungen für die öffentliche Bildungsfinanzierung«; vgl. gew-bayern.de